

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- 1932. Alle Postämter, Postboten und andere Bezugsstellen sind an den Bezugsstellen zu bestellen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Zeitung ist ein Organ der Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft. Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft ist ein Verein, der die Wilsdruffer Zeitung herausgibt. Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft hat ihren Sitz in Wilsdruff. Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft ist ein Verein, der die Wilsdruffer Zeitung herausgibt. Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft hat ihren Sitz in Wilsdruff. Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft ist ein Verein, der die Wilsdruffer Zeitung herausgibt. Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft hat ihren Sitz in Wilsdruff.

Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2840. Mittwoch, den 2. März 1932. Nr. 52 — 91. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostzen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Steuervorauszahlungen am 10. März

Die schwierige Klassenlage des Reiches hat dazu geführt, den Termin für die an sich erst am 10. April fälligen Einkommen- und Krisensteuervorauszahlungen in diesem Jahre bereits auf den 10. März vorzulegen. Die Zahlung dieser Raten wird in sehr vielen Fällen angeht die allgemeine Wirtschaftskrise und der großen Einkommensrückgänge Schwierigkeiten machen. Diese Schwierigkeiten sind noch dadurch verschärft, daß die Vorauszahlungen noch auf dem legt vorhergehenden Einkommensteuerbescheid und dem diesen Bescheid regelmäßig zugrunde liegenden Jahreseinkommen von 1930 aufbauen, das in den meisten Fällen sehr viel höher gewesen sein wird als das heutige Einkommen.

Der Gesetzgeber hat für solche Fälle von Einkommensrückgängen in dem § 100 des Einkommensteuergesetzes eine Möglichkeit gegeben, die Vorauszahlungen demjenigen Einkommen anzupassen, mit dem für das jetzt laufende Steuerjahr zu rechnen ist. Es ist zwar nicht angängig, daß das Finanzamt auf Grund dieser Bestimmungen die Vorauszahlungsrate erläßt, wohl aber kann die Vorauszahlung ganz oder teilweise bis zur endgültigen Veranlagung des Jahreseinkommens 1932 unter gewissen Voraussetzungen gestundet werden. Voraussetzung dafür ist, daß das jetzige Einkommen für 1932 gegenüber dem Einkommen des letzten Steuerbescheides, regelmäßig also gegenüber demjenigen von 1930, um voraussichtlich mehr als ein Fünftel, mindestens aber um 1000 Mark niedriger sein wird.

Solche Fälle werden nicht nur dann häufig sein, wenn die Erwerbstätigkeit des Steuerpflichtigen dieselbe geblieben ist und sich nur die Einkünfte daraus verschlechtert haben, sondern auch dann, wenn der Steuerpflichtige 1930 einmalige Einkünfte bezogen hat, die in späteren Jahren nicht wiederkehren werden. Derartige Fälle kommen besonders vor, wenn 1930 Gewinne aus der Veräußerung von Gewerbebetrieben oder Beteiligungen, Abfindungen für Ausscheiden aus einem Geschäft, Aufgabe einer Gewinnbeteiligung oder Entlastungen für sonstige Entscheidungen oder aus Spekulationsgeschäften beiseite waren. Liegen Voraussetzungen der vorgenannten Art vor, so empfiehlt es sich, bei dem Finanzamt schleunigst einen entsprechenden Antrag auf zinslose Stundung des der Einkommensminderung entsprechenden Teiles der Einkommen- und Krisensteuervorauszahlungen zu stellen.

Zur Begründung des Stundungsantrages ist nicht erforderlich, daß die Minderung des Gesamteinkommens 1932 positiv nachgewiesen wird, denn ein solcher positiver Nachweis wäre ja überhaupt erst nach Ablauf des Jahres 1932 möglich, sondern es genügt, daß die Einkommensminderung glaubhaft gemacht wird. In der Regel wird dafür schon in Nachweis über die gesunkenen Einkünfte in den ersten zwei Monaten des Jahres genügen. Für Kaufleute empfiehlt es sich, eine Zwischenbilanz einzulegen.

Außer in diesen Fällen kann eine Stundung oder Teilstundung noch erreicht werden, wenn sich die Erwerbverhältnisse anderweit geändert haben und insbesondere Einkünfte, die dem Steuerabzug unterliegen, an die Stelle von sonstigen Einkommen, z. B. aus gewerblicher Tätigkeit oder aus selbständiger Berufstätigkeit, getreten sind und das bisherige sonstige Einkommen dadurch um mindestens 500 Mark gemindert ist. Auch in derartigen Fällen empfiehlt sich umgehende Stellung eines Stundungsantrages.

Sind die vorstehend besprochenen Voraussetzungen des § 100 des Einkommensteuergesetzes nicht gegeben, hat sich also das Einkommen nicht entsprechend verringert, so kann eine Stundung der Vorauszahlung nur noch unter den allgemeinen Voraussetzungen des § 127 der Reichsabgabenordnung erreicht werden. Es muß dann dem Finanzamt nachgewiesen werden, daß die Steuererhebung mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden ist und daß der Steueranspruch selbst durch die Stundung nicht gefährdet wird. In der Regel werden derartige Stundungen von den Finanzämtern nur gegen Sicherheitsleistung und Verzinsung gewährt.

Als Muster für Anträge auf Stundung gemäß § 100 EStG. kann etwa folgender Antrag dienen:

An das Finanzamt
Ich leiste meine Vorauszahlungen auf Grund meines Einkommensteuerbescheides für 1930 nach einem für 1930 festgestellten Einkommen von insgesamt 6000 Mark. Infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise ist mein Einkommen seither erheblich zurückgegangen und hat für das gesamte Jahr 1931 ausweislich meiner bereits abgegebenen Einkommensteuererklärung nur noch 4000 Mark betragen. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1932 ist eine weitere Einkommensverminderung eingetreten. Zum Zwecke dessen füge ich anliegende Zwischenbilanz auf den 1. März 1932 bei. Ausweislich dieser wird das Jahreseinkommen 1932 voraussichtlich nur noch 3000 Mark betragen. Ich beantrage daher gemäß § 100 EStG., mir die Hälfte meiner Einkommensteuervorauszahlungsrate, die ich am 10. März 1932 zu leisten habe, bis zur endgültigen Veranlagung zinslos zu stunden.

Meinen Antrag erkläre ich gleichzeitig gemäß § 10 der Krisensteuer-Durchführungsbestimmungen auch auf die Krisensteuervorauszahlung.

Sorgen um die deutsche Volksernährung

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hatte die Vertreter der Behörden und der Presse zu einer Kundgebung eingeladen, um die weitestgehende Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, in welcher verhängnisvollen Gefahr die deutsche Volksernährung sich augenblicklich durch die ungenügende

Verwendungsmöglichkeit von Kunstdünger befindet. Der Vorsitzende der D. L. G., Landesältester Dr. e. h. Weßth, begrüßte die Erschienenen und wies darauf hin, daß sich die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft nicht umsonst zu einem so außergewöhnlichen Schritt veranlaßt gesehen habe, wie es diese Kundgebung sei. Tatsächlich stehe uns das Wasser höher an der Kehle, als es insbesondere die Mehrzahl der Verbraucher ahnt. Der bekannte Praktiker Rittergutsbesitzer Dr. e. h. Schurig-Zeefow gab einen Überblick über die Anstrengungen, die die deutsche Landwirtschaft im letzten Jahrhundert gemacht hat, um die Ernährung des deutschen Volkes unabhängig von jeder ausländischen Ausfuhr sicherzustellen. Nach dem schweren Rückschlag, den der Krieg gebracht hat, hat die Landwirtschaft zum Teil zum großen Schaden für ihr heutiges eigenes Wohlergehen die größten Opfer gebracht, um den unerschöpflichen Rückgang wieder aufzuholen. Heute stehen wir ganz nahe vor dem Ziel, und da ergibt sich nun, daß die deutsche Landwirtschaft mit dem besten Willen unter den derzeitigen Verhältnissen dem Acker nicht die Nahrung zuführen kann, deren er bedürftig ist. Schon im vergangenen Jahr hat der Rückgang der Düngemittelverwendung etwa 20 Prozent betragen, und es ist leider damit zu rechnen, daß dieser Rückgang sich im laufenden Jahre noch ganz bedeutend erhöhen wird. Das würde aber nicht nur eine Katastrophe für die einzelnen Betriebe bedeuten, sondern die gesamte deutsche Volksernährung der Welt läme damit in eine unabsehbare Gefahr. In zwölfster Stunde müsse daher

die Alarmglocke geläutet werden. Nachdem namens der Deutschen Pflanzengzüchter Direktor Dr. Kühne darauf verwiesen hatte, daß auch auf dem Gebiete der Pflanzenhochzuchten die Arbeit eines Jahrhunderts augenblicklich auf dem Spiele steht, da die Landwirte keine Hochzuchtfaunen mehr verwenden können, erbot sich Reichsminister Dr. e. h. Schlangensöhnen und betonte, daß vor allem auch die Sanierung des deutschen Ostens in Gefahr liege. Wenn der Betriebsrückgang anhalte, gäbe es wahrscheinlich keine Möglichkeit, die zum Sicherungsverfahren angemeldete Wirtschaft zu erhalten. Gleichzeitig aber machte er die Mitteilung, daß augenblicklich im Reichsernährungsministerium Verhandlungen schweben, von denen er sagen könne, daß ihr Ergebnis wahrscheinlich die Landwirte darüber beruhigen werde, daß die zu erwartenden Preise den zu ihren Erzeugnissen notwendigen Aufwand für die Betriebsförderung recht-

Hugenberg zur Präsidentschaftswahl.

Warum die D. R. P. gegen Hindenburg ist. Auf einer Versammlung in Essen sprach der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, zur bevorstehenden Präsidentschaftswahl, wobei er auch auf die Preußenwahl einging. Zunächst begründete er eingehend, warum die Deutschnationalen sich gegen Hindenburg entscheiden mußten: weil die Kandidatur Hindenburgs der Versuch des schwarzen Systems sei, für die Aufrechterhaltung dieses Systems mit dem Namen Hindenburg systemfeindliche nationale Stimmen einzufangen. Die Fronten, die jetzt bei der Präsidentschaftswahl vermischt seien, würden bei der Preußenwahl wieder klar hergestellt werden, dann würde für viele eine Entwicklung verständlich werden, deren Bedeutung viele jetzt noch nicht erkennen. Hugenberg ging dann rückschauend auf die Politik der Deutschnationalen Volkspartei seit der Reichstagsauflösung im Juli 1930 ein. Hätte damals, so erklärte Dr. Hugenberg, die Deutschnationale Volkspartei den Vorkurs nachgegeben und die Politik Brünnings unterläßt, dann hätte die Not, die unvermeidliche Folge des Young-Plans und der marxistischen Herrschaft, nicht gläubige Nationalisten, sondern haßerfüllte Bolschewisten geboren. Dann ging der Redner auf die Politik Brünnings und des Zentrums ein. Das Zentrum habe die preussischen Landtagswahlen hinter die Präsidentschaftswahl gestellt, um den Frieden zwischen Hindenburg und der Rechten unmöglich zu machen, ja, um Hindenburg auf der Seite des schwarzen Bundes gegen die Rechte auszuspielen; das Zentrum habe im Sommer 1931 die beste Gelegenheit zur endgültigen Abweisung der Tribüne verkannt, es habe sich nicht rechtzeitig zu einer klaren Politik des inneren Marktes ent-

fertigen werden. Mehr könne er darüber freilich im Augenblick nicht sagen, aber das Ergebnis werde in kürzester Zeit bekannt werden.

Deutschlands neue Zollwaffe.

Die Einführung eines Kampfartikels beschlossen. Das Reichskabinett hat die Einführung des Oberetarißs beschlossen, der Kampfschiffle gegen die Länder enthält, die ihrerseits gegen Deutschland auf dem Zollgebiet vorgegangen sind, oder sich zu derartigen Maßnahmen anschließen. Der Oberetariß tritt nicht, wie man zunächst erwartet hatte, automatisch für alle Länder in Kraft, mit denen Deutschland gegenwärtig keinen Handelsvertrag besitzt. Die Länder, auf die er anzuwenden ist, sollen vielmehr durch besondere Verordnung bestimmt werden. Auf diese Weise ist für eine Reihe von Ländern die Möglichkeit gegeben, zunächst die gegen Deutschland getroffenen Maßnahmen noch einmal zu überprüfen und, soweit möglich, zurückzunehmen.

Offener Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig. Die Danzig-polnischen Kontingentverhandlungen sind wegen unannehmbarer politischer Forderungen Polens ergebnislos abgebrochen worden. Während der Verhandlungen hat die polnische Regierung ihre Danzig schwer schädigenden Maßnahmen so verschärft, daß heute nur noch von einem regelrechten Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig gesprochen werden kann.

Das Wettrennen der Frachtschiffe zur englischen Küste. Die englische Presse bringt aufsehenerregende Berichte über große Wettrennen der ausländischen Schiffe nach englischen Häfen, die ihre Waren noch vor dem Zutreten der Schusschiffe in englische Häfen bringen wollten. Vielen Schiffen sei es infolge des Sturmes nicht gelungen, rechtzeitig anzukommen, was einen Mehrgewinn von vielen tausend Pfund für das Schazamt bedeute. Die große Zahl der noch im letzten Augenblick angekommenen Schiffe habe für die Zollbeamten eine ganz ungeheure Mehrbelastung bedeutet.

Entschlebung des Reichslandbundes zur Zoll- und Handelspolitik.

Auf der Sitzung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes wurde zur Zoll- und Handelspolitik eine Entschlebung gefaßt, in der es u. a. heißt: Die Einführung eines Maximaltariffes bedeutet, namentlich angesichts der bestehenden Zollbindungen und des herrschenden Meißbegünstigungssystems, für die Landwirtschaft keine Verbesserung des noch völlig unzureichenden Schutzes der heimischen Agrarproduktion. Der Reichslandbund fordert sofortige Einführung einer scharfen Kontingentierung der Einfuhr und baldigste Herstellung der Zollautonomie.

schließen können, es habe ständig „gepluscht“, statt geführt, um sein Bündnis mit der Sozialdemokratie zu retten. Zum Schluß wandte sich Dr. Hugenberg gegen die Behauptung, die Deutschnationalen hätten es im Sommer 1930 in der Hand gehabt, die Macht zu erobern. „Ich habe wiederholt“, so erklärte der Redner, „öffentlich daraufgelegt, daß Brüning der D. R. P. gegenüber niemals auch nur einen Versuch gemacht hat, sein Kabinett nach rechts zu orientieren oder zu erweitern, er hat mir dies auch in einer persönlichen Unterhaltung zugeben müssen. Er hat auch niemals den Versuch gemacht, seine Politik im Sinne der Rechten umzustellen. Auf richtige, das Vaterland rettende Politik, und nicht auf einen bloßen Anteil an der Macht, d. h. an der Futtertrappe, ist meine politische Arbeit gerichtet.“

Die Vorgänge in der Deutschen Volkspartei

Berliner Volksparteiler gehen zu den Deutschnationalen. Die in Westfalen-Süd begonnene Bewegung innerhalb der Deutschen Volkspartei, die ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen für notwendig hält, hat auch auf Berlin übergegriffen. Stadtverordneter Dr. Richard Jahn, der bisherige Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Berlin der Deutschen Volkspartei, hat dieses Amt niedergelegt, seinen Austritt aus der Partei erklärt und ist zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten. Diesem Schritt haben sich andere Berliner Mitglieder der Deutschen Volkspartei bereits angeschlossen. Jahn erklärte, daß sich auch der frühere Reichstagsabgeordnete des Berliner Wahlkreisverbandes, Reichsminister a. E. v. Kaumer, bereits seit längerer Zeit von der Parteiarbeit gänzlich zurückgezogen und nunmehr seine Streichung in den Mitgliederlisten der Partei veranlaßt hat, ohne sich zunächst einer anderen Partei anzuschließen.